erdleibt. Anträge, wie „ich bitte ein Gutachten, aber nicht vom Verauensarzt der Gegnerin einzuholen", können mehr schaden, als ützen. Die ebenmäßige Kritik an Gutachten muß unbedingt sachlich leiben. Gutachten von Ärzten sind nicht zur Feststellung des Verlies an Erwerbsfähigkeit bei geringeren Verletzungen einzuholen, ondern nur zur Bewertung der physiologischen und psychologischen olgen der Verletzung auf die Erwerbsfähigkeit. Es hat auch keinen Zweck, in Rekursschriften gegen feststehende Grundsätze des Reichsversicherungsamts anzukämpfen. Logik, richtige Angaben, Ernst und Bestimmtheit müssen die Stärke der Rekursschriften sein. Unnütze Arbeit dürfen wir nicht auf uns nehmen, etwa gar aus „Konkurrenz"gründen. Anragen nach dem Stand der Sachen sind zu unterlassen, das Amt bemüht sich ohnedies nach Kräften. Gekünstelte Anreden an das Amt, as doch nur nach Recht und Gesetz zu entscheiden hat, sind nicht am Platze. — Die Wahlen der Beisitzer zum Reichsversicherungsamt werden in diesem Jahre nicht stattfinden, er Bundesrat ist durch das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungs-Ordnung bevollmächtigt, die Amtsdauer der jetzigen Beisitzer zu verlängern. Immer noch lassen es die Kartelle an der unbedingt erbotenen Beteiligung an den Wahlen zu den Versicherungsämtern, Schiedsgerichten usw. fehlen. Der Redner schließt, nachdem er zahlreiche sehr belehrende Fälle unrichtigen Vorgehens vorgetragen, mit einem Hinweis auf die gerade durch die Reichsversicherungs-Ordnung ernstete Notwendigkeit ernster Vertiefung in das Recht und die Rechtsprechung. Die Selbstkritik darf nicht schwinden. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion besprach

Timm-München die Erfahrungen des bayrischen Landesversicherungsamts, das ebenfalls eine Zentralstelle ist. Die Sekretariate sollten überall dahin wirken, einen Etat für Kartellkosten zur Verfügung gestellt zu erhalten. Die Sekretariate haben alle Ursache, Aufklärung unter den Unfallverletzten in deren eigenem Interesse zu betreiben. Es gibt Verletzte, die unberechtigte Ansprüche durchsetzen versuchen und dadurch die ehrlichen Verletzten unerhört schädigen. — Kufderstraße-Bochum meint unter teilweisem Widerspruch, daß die Sekretariate schon das Möglichste an Ablehnung aussichtsloser Sachen leisten. Aber gerade hier treiben z. B. die Christlichen eine unsagbare Schmutzkonkurrenz. — Heiden-Frankfurt a. M. betont die Notwendigkeit erziehlicher Tätigkeit der Arbeitersekretariate. — Schrader-Erfurt klagt über die Belastung der Sekretariate in den kleineren und mittleren Städten. Man kann mit der Rechtsentwicklung kaum Schritt halten. — Eichenmüller-Nürnberg: Eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann, ist die Verschlechterung der Rechtsprechung. (Sehr richtig!) Immer noch besser, selbst mit einigen Simulanten hereinzufallen, als gerechtfertigte Ansprüche nicht zu verfolgen! — Weber-Königsberg: Vielleicht könnte man bei den Gewerkschaften die Ausdehnung des Rechtsschutzes auf die Witwen der Mitglieder beschließen, denn gerade nach dem Tode von Unfallverletzten entstehen Prozesse mit hohen Kosten. — Stolt-Bremerhaven: Die Generalkommission könnte sich doch an die Kartelle wenden, damit der Ueberlastung der Sekretäre gesteuert wird.

Bartels-Köln wünscht Ausbau der Unterrichtskurse der Generalkommission. Die Hast, in der diese Sekretariate arbeiten müssen, verursache manchen Schnitzer. Zur Ausbildung der Beisitzer bestimmte Kurse sollten von den Arbeitersekretären geleitet werden. Einige preußische Schiedsgerichte lassen uns doch zu. Die Praxis der Berufsgenossenschaften wird immer schlimmer. (Zustimmung.) — Jogler-Braunschweig: An der späten Aktenzusendung sind nicht immer die Sekretariate schuld. Das zwecklose Reisen der Verletzten nach Berlin oder zum Schiedsgericht ist leider nicht zu beseitigen. Wir haben ein wahres Ablehnungsschiedsgericht. Gegen die Bücher der Berufsgenossenschaften zur Bekämpfung von Klagen brauchen wir Gegenbücher. Auf der Klinik Göttingen sind wenig erfreuliche Zustände. — Schneider-Dortmund äußert sich unter Zustimmung über die Ueberlastung der Sekretäre. Wenn die Rechtsprechung den Schiedsämtern zufällt, wird die Hauptarbeit von den Sekretariaten zu leisten sein. Hier sollte die Generalkommission eingreifen. — Link-Berlin: Timm ist mißverstanden worden. Glatte Abweisung ist auch nicht immer das Richtige, daher lieber noch einen für aussichtslos erachteten Rekurs. — Nach weiterer Diskussion, an der sich Decker-Stettin und Kunkel-Duisburg beteiligen, schließt die Debatte.

Zentralarbeitersekretär Wissell (Schlußwort): Wir haben wohl ohne Ausnahme solche Erfahrungen gemacht wie Genosse Timm. Nur zu oft werden freilich auch wirkliche Verletzungsfolgen als Simulation angesehen. Eichenmüller hat recht, wenn er sagt, daß wir es unserer Würde schuldig seien, Vertretungen da abzulehnen, wo wir innerlich von der völligen Aussichtslosigkeit überzeugt sind. Im Zweifelsfalle aber müssen wir natürlich für den Verletzten eintreten. Eine Abweisung wegen ungenügender Kenntnis ist unzulässig. Oft enthalten die Akten Tatsachen, die wesentlich sind und zugunsten der Verletzten sprechen. Ein Aktenaustausch durch ganz Deutschland ist ganz unmöglich. Ein Formularaustausch ist vielleicht möglich bei unserer nächsten Konferenz.

Bauer (Generalkommission): Der Zweck der Klagen über die Ueberlastung, die dringend notwendige Entlastung durch Schreibhilfen, wird durch die Berichterstattung über diese Sitzung wohl erreicht werden. Gegen Kurse für Beisitzer werden die Kartelle nichts haben. Ohne zwingenden Grund soll kein Wechsel in diesen Stellen stattfinden, das liegt im Interesse der Sache. — Ueber

Die Jahresberichte der Arbeitersekretariate

referiert Bauer von der Generalkommission: Die Generalkommission ist zu dem Schluß gekommen, daß die Berichte eingeschränkt werden sollen. Im Anfang wurde durch die Berichte erst die Errichtung der Sekretariate gerechtfertigt. Heute aber haben diese Berichte durch ihre große Zahl an Wert bedeutend verloren. (Hört, hört!) Es werden da zahllose gar nicht bedeutsame Entscheidungen wiedergegeben. Die Besprechung prinzipieller abweichender Entscheidungen unterbleibt. Die Arbeit und die Lasten stehen außer allem Verhältnis zur Verbreitung der Berichte. Fortlaufende Erörterung in der Arbeiterpresse fruchtet viel mehr. (Sehr richtig!) So kann auch ein kurzer Tätigkeitsbericht veröffentlicht werden, oder er kann dem Kartellbericht angefügt werden. Wir wollen vom 1. Januar 1912 an eine monatliche Rechtsbeilage zum Korrespondenzblatt schaffen, in der auch der Jahresbericht des Zentralarbeitersekretariats, erweitert um eine Revue der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes, erscheinen könnte. Ueber den Antrag aus München auf Herausgabe eines wöchentlichen sozialpolitischen Organs, über den die beteiligten Industrien Ihre Meinung hören wollen, bitte ich, sich ebenfalls zu äußern. — Heiden-Frankfurt a. M. stimmt dem Referenten völlig zu, die Hauptfrage des Zeitschrift- bez. Beilageprojekts ist der Redakteur. Ein Monatsblatt für Versicherungs-Entscheidungen wird kaum gelingen. — Tette-Stuttgart: Der Umfang der Berichte ist schon zurückgegangen. Der Münchner Vorschlag scheint mir besser als die monatliche Rechtsbeilage. — Böttcher-Mannheim: Auch wir haben seinerzeitigen Anregungen Matutats Folge geleistet. Zeitungsausschnitte gehören nicht in den Bericht. Im städtischen Verwaltungsbericht und in der städtischen Statistik von Mannheim wird über unsere Tätigkeit ausreichend berichtet. Der Münchner Antrag verlangt zu viel. — Thomas-Heidelberg: Eine derartige Zeitschrift ist wünschenswert. Die Gewerkschaftsschule sollte eine Abteilung für soziales Recht haben. — Timm-München begründet die Münchner Anregung. Der Boden für eine sozialpolitische Zeitschrift ist da, warum soll man die Sache nicht großzügig machen? Die richtigen Leute sind schon zu haben. Man kann die Zeitschrift auch halbmonatlich herausgeben. Die Arbeiterpresse erhielte so eine gute Basis für Besprechung des Rechts und der sozialen Vorgänge. Eine Einschränkung der Berichte der Sekretariate ist nur möglich bei ausreichendem Ersatz. — Frankenberg begrüßt die geplante Gründung eines Organs für soziale Rechtsprechung. — Saube-Berlin (vom Verband der Kupferschmiede): Interessieren Sie uns bei unserer Statistik. — Schrader-Erfurt: Die Verwirklichung des Münchner Vorschlags könnte den Beisitzern die nötige Unterweisung verschaffen. — Rißert-Iserlohn: Das Organ soll vierzehntägig erscheinen. Es wäre namentlich ein Segen für die Orte, die noch kein Sekretariat erlangen können. — Andres-Jüterbog schließt sich Timm an und wünscht eine Rubrik über die Organisationszugehörigkeit in den Journalblättern. — Buck-Dresden: Die Kartellberichte bedeuten eine späterhin unentbehrliche Chronik, sie müssen weiterbestehen. Wenn das neue Blatt so gedruckt wird, daß es einrubriziert werden kann, so würde es viele jetzt abonnierte und sich wiederholende Blätter überflüssig machen. Das Bürgerliche Recht dürfte nicht vernachlässigt werden. Heute ist es gar nicht möglich, alle die vielen Zeitungen zu lesen. Es ist darum schade, jedem Sekretariat alle Gewerkschaftsblätter zu senden und jeder Gewerkschaft alle Sekretariatsberichte. (Sehr richtig!) Ich wünsche, daß das von München angeregte Blatt erscheint in der von mir angedeuteten Weise. Dadurch könnten wir ein gutes Nachschlagewerk erhalten. — Wissell-Berlin (Zentralsekretariat): Die Kartelle könnten immer die Nummer der Rechtsbeilage den Beisitzern zustellen, die gerade diese Genossen interessiert. Dadurch würde auch das Interesse für die anderen darin behandelten Fragen wachsen. Es sind hier schon sehr weitgehende Anforderungen gestellt worden. Aber ich hoffe, es wird sich mit der Zeit daraus ein führendes Blatt für Arbeiterrecht entwickeln. (Bravo!) — Robert Schmidt-Berlin (Generalkommission): Die Debatte zeigt schon, daß viele glauben, sie bekommen alles fix und fertig vorgesetzt und brauchen nur hineinzugucken. (Heiterkeit.) So wird es nun nicht sein. Ich meine, daran muß ein verständlich gehaltener Artikel über eine Frage des Augenblicks stehen. Es existieren schon mehrere sehr billige Zeitschriften mit vorzüglichen Inhaltsverzeichnissen — wie die Arbeiterversorgung —, aus denen die wichtigen Entscheidungen leicht entnommen werden können. Da kann man nicht die Ansichten der Generalkommission zitieren. Wir müssen noch viel mehr als heute die Rechtsprechung verfolgen und ihre Entwicklung fördern, auch durch die theoretischen Artikel in unserem zu schaffenden Organ. Es fehlt uns nicht an Literatur, sondern den Arbeitersekretären an Zeit.

Bauer (Schlußwort): Eine Erweiterung der Statistik kann nicht in Frage kommen, sondern es könnten nur die Unterfragen nach den Kapiteln des bürgerlichen Rechts beseitigt werden. (Sehr richtig!) Von einer allgemeinen „Abneigung" der Gewerkschaftsführer gegen die Arbeitersekretäre kann doch gar nicht gesprochen werden. (Schrader: Das wollte ich auch nicht sagen.) Schrader meint wohl nur die Abneigung gegen vorzeitige Errichtung von Sekretariaten. Für die Einschränkung der Berichterstattung haben sich alle Redner erklärt. Wenn das von München angeregte Blatt zustandekommt, was ich befürworte, wird darin das gesamte Arbeiterrecht behandelt werden müssen, auch das Verwaltungsrecht, trotz seines landesrechtlichen Charakters. Den Sekretariaten fehlt es auch an Mitteln für diese reiche Literatur, wie an Zeit, ein Extrakt ist nötig. Der Bericht kann alljährlich mündlich in allgemeiner Gewerkschaftsversammlung erstattet werden.

Ein Antrag, die Berichte auf die Tätigkeit einzuschränken, keine Rechtsfragen darin zu besprechen, wird einstimmig angenommen. Die Konferenz spricht sich mit 45 gegen 43 Stimmen gegen ein eigenes sozialpolitisches Organ und dann einstimmig für die Rechtsbeilage des Korrespondenzblattes aus.

Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung beim Kanonenkönig Krupp.

Am Sonntag vormittag tagte, wie wir gestern kurz meldeten, in Essen unter freiem Himmel eine Massenversammlung der Kruppschen Arbeiter, in der die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Weltfirma einer gründlichen Kritik unterzogen wurden. Zu den 12 000 Versammelten sprachen vier Redner, die Genossen Schlicke-Stuttgart, Severing-Bielefeld, Cohen-Berlin und Rapp-Solingen. Von allen wurde hingewiesen auf den bekannten Reichstagsbeschluß vom 15. Februar 1911, worin der Reichskanzler ersucht wird

„Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen".

Obwohl dieser Beschluß mit 240 gegen nur 99 Stimmen gefaßt wurde, sind fünf Monate ins Land gegangen, ohne daß die bekanntlich vom Reiche sehr stark beschäftigte Firma Krupp sich im geringsten veranlaßt gesehen hätte, ihm nachzukommen. Im Gegenteil, der berüchtigte Herr-im-Hause-Standpunkt wird bei ihr gegenwärtig rücksichtsloser als je vertreten. Da ist es zu verstehen, wenn die Arbeiterschaft aus sich heraus Schritte unternimmt, um dem Willen des Reichsparlaments Geltung zu verschaffen. In keiner Weise sind bisher die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Arbeitsbedingungen beachtet worden. Die Arbeitszeit ist sehr ungleich und zum Teil überlang. Arbeiterausschüsse sind nicht vorhanden. Schließlich lassen auch die Lohnverhältnisse namentlich insofern zu wünschen übrig, als das Günstlingtum dabei eine sehr erhebliche Rolle spielt. Statt Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie sie eines so mächtigen Betriebes würdig sind, bemühen sich die leitenden Stellen krampfhaft, Gelbe zu züchten und mittels durchsichtiger „Wohlfahrt" die Arbeiter einzulullen. Die Arbeiter haben jedoch das System der Firma satt und fordern Anerkennung ihrer berechtigten Wünsche. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

„Die Versammelten nehmen Kenntnis von den Ausführungen der Referenten und erwarten von den Arbeiterorganisationen, daß dieselben die Vorarbeiten treffen, damit in geeigneter Weise die berechtigten Forderungen der Kruppschen Arbeiter zur Durchführung gebracht werden. Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß die Lohnverhältnisse einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen werden. Ebenso ist die Arbeitszeit den hygienischen und volkswirtschaftlichen Anforderungen entsprechend zu verkürzen. Die Akkord- und Ueberarbeitszeit ist gleichfalls einer Regelung zu unterziehen. Ferner erklären die Versammelten die Schaffung eines Arbeiterausschusses, welcher aus allgemeiner und geheimer Wahl hervorgehen muß, für unerläßlich, damit derselbe bei Neuordnung der Arbeitsbedingungen entsprechend der im Reichstag angenommenen Resolution mitwirken kann.

Die Versammelten erklären weiter, daß sie mit aller Kraft dahin wirken wollen, daß die im Deutschen Reichstag am 15. Februar 1911 angenommene Resolution, der auch zum größeren Teil von den bürgerlichen Parteien — mit 240 gegen 99 Stimmen — zugestimmt wurde, voll und ganz bei der Firma Krupp zur Durchführung gebracht werde."

Das Resultat der Versammlung ist um so erfreulicher, als es die „Christen" und die Gelben keineswegs an Bemühungen fehlen ließen, Uneinigkeit in die Reihen der Kruppschen Arbeiter zu tragen.

Lokales.

Metallarbeiter!

Die gesamten Arbeiter der vereinigten Firmen Dresdner Gasmotorenfabrik A.-G. vorm. M. Hille, A. Kühnscherf und Dresdner Bohrmaschinenfabrik vorm. Fischer u. Winsch sind in den Streik getreten. Die letztere Firma ist erst vor kurzem mit der Firma Gasmotorenfabrik vorm. M. Hille vereinigt worden und sollte ab 1. Juli die Arbeitsordnung der Firma M. Hille auch für die Arbeiter von Fischer u. Winsch in Kraft treten. Es würde dies für diese Arbeiter eine bedeutende Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses bedeutet haben. So sollte unter anderem die zehnstündige Arbeitszeit an Stelle der bis jetzt bestandenen neunstündigen eingeführt werden. Ferner sollte der Zuschlag für Ueberstunden, der bis dahin allen Arbeitern bei Fischer u. Winsch gewährt wurde, gleichfalls anders, d. h. für die Arbeiter ungünstiger geregelt werden, usw. Diese Verschlechterungen konnten sich die Arbeiter von Fischer u. Winsch nicht gefallen lassen und waren die Beschäftigten der drei Betriebe der Meinung, daß, wenn einmal eine Aenderung der Arbeitsordnung vorgenommen werden soll, dies keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses sein mußte. Die Arbeiter unterbreiteten deshalb der Firma Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Firma kam den Wünschen der Arbeiter nicht im geringsten entgegen. So wurde z. B. von den Arbeitern die Einführung des neunstündigen Arbeitstags für alle drei Betriebe gewünscht. Bei Fischer u. Winsch bestand dieser bis jetzt. Hierzu erklärte der Herr Direktor Winkler, daß Fischer „Er sei bereit, in allen drei Betrieben die 9stündige Arbeitszeit einzuführen, dergestalt, daß an fünf Tagen jeder Sonntag und Sonnabend sieben Stunden gearbeitet werde." — Ähnlich lehnte die anderen „Zugeständnisse" aus. Herr Direktor Winkler erklärte ferner, daß er weitere Zugeständnisse nicht machen könne, daß das Gebotene fest Gesetz sei. Um die Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse abzuwehren, blieb den Arbeitern kein anderer Weg übrig, als die Arbeit niederzulegen, was auch einmütig erfolgt ist. In Frage kommen zirka 700 Arbeiter.

Achtung! Maler, Lackierer und Anstreicher.

Wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Lohnes haben die Anstreicher in Schmiedeberg die Arbeit eingestellt.

Jedes Arbeitsangebot nach dort ist abzulehnen und jeglicher Zuzug nach Schmiedeberg muß streng vermieden werden.

Die Verwaltstelle.

Inland.

Schleifende Hinnebrüder.

Die Norddeutsche Jutefabrik in Königsberg, deren Arbeiter streiken, ließ sich einige hundert Hinzebrüder aus Hamburg kommen, die indessen von solcher Qualität waren, daß selbst die Polizei einschreiten mußte. Die mit Revolvern ausgerüsteten Streikbrecher veranstalteten wiederholt Massenschießereien und bearbeiteten Passanten mit Messern. Hundert wurden deshalb polizeilich abgeschoben, 22 verhaftet. Noch auf dem Bahnhof gab es ein förmliches Schnellfeuer, so daß auch da noch eine Anzahl von diesen „nützlichen Elementen" in Haft genommen werden mußte.

Gegen die Einführung von Arbeiterschutzbestimmungen in der Schokoladen- und Zuckerwaren Industrie.

Von der königlichen Zentralstelle in Württemberg ist die Einführung von gesundheitspolizeilichen Maßnahmen in der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie in Aussicht genommen. Die Handelskammer in Stuttgart wurde zu einer gutachtlichen Äußerung hierüber aufgefordert. Sie beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit in ihrer Plenarsitzung am 21. Juni und kam zu dem Ergebnis, daß ein Bedürfnis für derartige detaillierte Maßnahmen, wie sie geplant sind, nicht vorliege, zumal die in Frage stehenden Betriebe seither schon eingehend der Beaufsichtigung durch die Gewerbeinspektion unterworfen seien. Die königliche Zentralstelle verweist demgegenüber darauf, daß es in den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken vielfach an der erforderlichen Reinlichkeit, Ventilation usw. fehle. Die Regierung fand es nicht der Mühe wert, neben der Unternehmervereinigung auch die Arbeiterorganisation zu befragen. Sie hätte sicher von dort eine andere Auskunft bekommen als von der Handelskammer; die Gewerkschaft hat in ihrer Presse unerschrocken die Mißstände in der braunen Industrie aufgedeckt und wäre in der Lage gewesen, der Regierung Material zu ihrem Vorgehen zu verschaffen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Kölner Fuhrleute und Lagerarbeiter.

Nach längeren Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, die sich anfänglich sträubte, auch nur ganz minimale Zugeständnisse zu machen und mit der Organisation zu verhandeln, kam am 27. Juni eine Vereinbarung zustande, wonach die Löhne und die Arbeitszeit für die Fuhrbetriebe einheitlich geregelt werden. Die Arbeitszeit der Fuhrleute beträgt 10½ Stunden, die der Lagerarbeiter 10 Stunden. Das Füttern und Putzen der Pferde ist in die Arbeitszeit einzurechnen. Die Arbeitszeit wird durch eine halbstündige Frühstücks- und Vesperpause und 1½stündige Mittagspause unterbrochen. Wird in der Mittagspause durchgefahren, so werden dafür 80 Pf. vergütet. Ueberstunden werden mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt. Der Wochenlohn für das Schwerfuhrgewerbe beträgt nach der neuen Vereinbarung pro Woche 28 M., für Sand-, Stein- und Schutzfuhrleute 27 M., für das Speditionsfuhrgewerbe wird ein Anfangslohn von 26,50 M. und nach halbjähriger Tätigkeit ein solcher von 27,50 M. gezahlt. Während der Dauer des Tarifvertrages erhöhen sich die vorstehend angeführten Wochenlöhne um je 1 M. pro Jahr.

Durch diese Vereinbarungen sind die Löhne für etwa 900 in Betracht kommende Arbeiter um durchschnittlich 3 M. pro Woche bis 4 M. erhöht, die Arbeitszeit im Durchschnitt pro Woche für jeden Einzelnen um 12 Stunden verkürzt worden. Weiter wird nunmehr für jede geleistete Ueberstunde eine Entschädigung von 50 Pf. gezahlt, während bisher die Ueberstunden stets in reichlichem Maße ohne jede Entschädigung geleistet werden mußten.

In einigen kleinen Betrieben, die der Unternehmerorganisation nicht angehören, wird es allerdings zur Arbeitseinstellung kommen, da dieselben sich weigern, die neuen Vereinbarungen anzuerkennen. Es kommen bei dieser eventuellen Arbeitseinstellung etwa 200 Fuhrleute in Betracht, die sämtlich dem Deutschen Transportarbeiterverbande angehören.

Ausland.

Das Ende des Seemannstreiks.

Antwerpen, 3. Juli. Die hiesigen Matrosen haben beschlossen die Arbeitszeit für die Kohlenarbeiter auf acht Stunden und für die Matrosen auf zwölf Stunden festzusetzen. Zu gleicher Zeit wurde einstimmig das Ende des Streiks für heute abend beschlossen, vorausgesetzt, daß die Reeder schriftlich ihre mündliche Zusage bestätigen. Von 700 im Streikkomitee eingeschriebenen Ausständigen sind die meisten auf englischen Dampfern angemustert. Alle diese Schiffe zahlen die verlangte Lohnerhöhung. Der Deutsche Matrosenverband hat eine Unterstützung von 1000 M. für die Ausständischen in Antwerpen überwiesen.

Hull, 3. Juli. Der Ausstand ist beendet.

Liverpool, 3. Juli. Der Streik ist beigelegt. Die White Star Linie hat das Mißverständnis aufgeklärt, durch das ihre Leute abgehalten worden waren, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Flora-Varieté (Hammers Hotel)
Sommertheater. Elektrische Linien 1, 2, 3, 22.
Bis 16. Juli der neue grosse Spielplan
Sonntags 2 Vorstellungen: 4 u. 8½ Uhr. Anf. wochent. 8½ Uhr.

Vogelfutter für alle Vogelarten, Fischfutter, Vögel, Zierfische usw. kauft man am besten bei
A. Heinze, Zoolog. Handlung
Löbtau, Meißewitzerstraße 21.

Frauen!
empfiehlt bei Periodenstörung Menstruations-Pulver und Tropfen. 2.50 u. 5 M. Preisliste gratis.
E. Pietzsch, 7 Zahngasse 7.

Fahrrad-Reparaturen
sowie Zubehör empfiehlt bill.
Hugo Pötschke, Mechaniker
Neue Gasse 28, gegenüb. d. Seerestr.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, An Ser 13.

Frauen-Tee
R. Freisleben
nur Postplatz.

Jägerhof Niedersedlitz
Saal frei!